

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.00 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltigen Kompositionen ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 7. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Amerika als Schiedsrichter?

London, 7. April. (W.B.) „Manchester Guardian“ findet die amerikanische Note an Deutschland „sehr freundlich im Ton“ ...

Frankreich gegen den deutschen Vorschlag. Paris, 7. April. (G.E.) Wie das „Petit Journal“ meldet, hat die französische Regierung ...

Rhein-Zollgrenze in 10 Tagen. Paris, 7. April. (G.E.) Nach einer Reuter-Meldung aus Koblenz soll die neue Zollgrenze ...

Kohlenstreikdebatte im Unterhaus. London, 6. April. (W.B.) In seiner gestrigen Unterhausrede über die Krise in der Kohlenindustrie ...

Clynes befragte sich darüber, daß die Regierungskontrolle so plötzlich aufgehört habe ...

Thomas erklärte, die Arbeiter seien einmütig der Ansicht, dies sei der erste Versuch, ihren Lebensstandard herabzudrücken ...

Das Mitglied der Arbeiterpartei Horsthorst erklärte, das Sp. A. bekommen sei Schuld an der vollständigen Zerstörung ...

Auch im Oberhaus wurde gestern die Kohlenfrage erörtert. Lord Curzon hob in einer Rede den Ernst der Lage nachdrücklich hervor ...

würde jede Gelegenheit ergreifen, die sich zur Versöhnung biete. Die Türen ständen offen unter der grundsätzlichen Bedingung, daß es eine Unternehmung der Kohlenindustrie nicht geben könne ...

Verhandlungsschwierigkeiten. London, 6. April. (Reuter.) Heute abend erklärte Lloyd George im Unterhaus, er habe soeben erfahren, daß der Ausführenden Ausschuss der Bergleute abgelehnt habe ...

Zugeständnisse? London, 7. April. (G.E.) Man darf annehmen, daß die Zehnenbilletts zu gewissen Zugeständnissen an die Bergarbeiter bereit sein werden ...

Reisegelder für Karl! Budapest, 7. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Wie in den Kreisen der ungarischen Legation verlautet ...

Die republikanische Propaganda macht seit den letzten Tagen in der Bevölkerung große Fortschritte. Der Führer der ungarischen Republikaner, Georg Rapp, hielt am Grabe des ungarischen National- und Freiheitshelden Kossuth ...

Die ungarische Nationalversammlung hatte am Mittwoch ihren großen Tag. Ministerpräsident Teleki und Außenminister Graf Spröhen über den Besuch Karls des Kühnen ...

Prag, 7. April. (Tschchoslowakisches Pressobureau.) Gestern fanden in Prag und Pilsen Massendemonstrationen der Sozialdemokratie gemeinschaftlich mit den Nationalsozialisten gegen die Rückkehr der Habsburger statt ...

Die Preußenkrise.

Trotz des Beschlusses der Parteiführer, die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung in Preußen streng vertraulich zu führen, überfließt die bürgerliche Presse ...

Heute sind es vor allem die „Deutsche Allgemeine“ und die „Voss'sche Zeitung“, die mit Indiskretionen prunken, wobei der „Voss. Ztg.“ einige groteske Irrtümer unterlaufen ...

Bekanntlich hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion gestern den Beschluß gefaßt, ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung überhaupt abzulehnen ...

Diese Darstellung entfernt sich nicht allzu weit von der Wahrheit, vorausgesetzt, daß das volksparteiliche Organ über die Vorgänge in seinem eigenen Lager richtig berichtet ...

Dieses Ergebnis hat für uns nichts Ueberraschendes. Die sozialdemokratische Fraktion hatte beschlossen, mit der Deutschen Volkspartei nicht in die Regierung zu gehen ...

Nachdem die Deutsche Volkspartei es in aller Form abgelehnt hat, sich zur demokratisch-republikanischen Regierungsform zu bekennen, sollte es den bürgerlichen Mittelparteien doch recht schwer fallen ...

indem sie diese in die unmögliche Koalition mit der Volkspartei zu pressen versuchten.

Auch nach den Wahlen vom 20. Februar blieb die alte Koalition Mehrheit, auch nach der Ablösung Oberhessens von Preußen, die noch ziemlich weit im Felde liegt, würde diese Mehrheit, abgesehen geschwächt, weiter bestehen, auf alle Fälle war — wenn man von der als unmöglich erwiesenen Kombination von der Sozialdemokratie bis zur Volkspartei abieht — die alte Koalition die stärkste tragfähigste Partei-gruppierung, die möglich war. Die alte Koalition hätte ohne weiteres fortgesetzt werden können, und die jetzige Krise wäre vermieden worden, wenn sich die bürgerlichen Mittelparteien dem taktischen Vorstoß der Rechten gegenüber widerstands-fähiger erwiesen hätten. Auch jetzt noch wäre die Fortführung der alten Koalition der Bildung einer ausgeprochenen Minderheitsregierung oder gar der Verlegenheitslösung eines „Beamtenkabinetts“, von der man bereits spricht, im Interesse des Staates und des Reiches bei weitem vorzuziehen. Einer gewissen Strömung bei den bürgerlichen Mittelparteien scheint aber jede andere Lösung oder selbst Nicht-Lösung der Krise lieber zu sein, für sie hat es wohl von Anfang an festgestanden, daß die alte Koalition, auch wenn sie die Mehrheit behält, auf keinen Fall erneuert werden darf.

Man darf in den Reihen der bürgerlichen Mittelparteien nicht annehmen, daß man in der Sozialdemokratie für diese Erscheinungen blind ist und daß man hier gewillt ist, sich in die Rolle des Rohren zu fassen, der seine Schuldigkeit getan hat. Die bürgerlichen Mittelparteien haben unnötigerweise den Versuch unternommen, die monarchistische Deutsche Volkspartei in die Regierungskoalition mit hereinzunehmen und können an dem Scheitern dieses Versuches jetzt, da die Volkspartei ihren monarchistischen Charakter abermals deklariert hat, unmöglich der Sozialdemokratie die Schuld zuschieben. Auf ihren Schultern ruht eine ungeheure Verantwortung, denn was sich jetzt vorbereitet, ist vielleicht eine Schicksalswende Preußens und des Reichs.

Humor streng verboten!

Die „Freiheit“ ist über unsere Behauptung entrüstet, daß die Einberufung einer Konferenz nach Amsterdam durch die Internationale 24 „in aller Heimlichkeit und Eile“ beschlossen worden sei. Sie beruft sich darauf, daß bereits auf dem Wiener Gründungskongreß Ende Februar beschlossen worden sei, eine solche Konferenz für den 1. April einzuberufen. Es ist richtig, daß ein solcher Beschluß grundsätzlich damals gefaßt worden war, aber noch am 24. März wußte die „Freiheit“ selbst noch nicht, wie aus dem Leitartikel ihrer Abendausgabe des betreffenden Tages deutlich hervorgeht, wo diese grundsätzlich beschlossen, „in einem neutralen Lande abzuhalten“ stattgefunden würde. Die Wahl Amsterdams wurde offenbar erst vorgenommen, als bekannt wurde, daß auch die Zweite Internationale gleichzeitig mit den Gewerkschaften sich dort versammeln würde. So ist es übrigens zu erklären, daß, mit Ausnahme Ledebours, der aus England kam, die deutschen unabhängigen Delegierten die größten Schwierigkeiten zu überwinden hatten und daß ihre Teilnahme daher bis zuletzt zweifelhaft war.

Das unabhängige Blatt behauptet ferner in allem Ernste, daß „das, was der Berichterstatter des „Vorwärts“ über die Besprechung zwischen den Gewerkschaftlern und den Delegierten der Internationalen Arbeitergemeinschaft erfahren haben will, von Anfang bis zu Ende aus den Fingern gefogt ist“. Sollte die „Freiheit“ wirklich nicht gemerkt haben, daß es sich hierbei um eine Persiflage der Haltung der Zweiteinternationalen handelte, die sich weigerten, in dieser Erstfrage die internationale Profitorientierung eine Besprechung zu Dritt abzuhalten?

Daß hierbei die Angst vor der Ausbeutung einer solchen „Berührung“ mit dem Exekutivkomitee der Zweiten Internationale ausschlaggebend war, daraus machten einzelne Delegierte der Zweiteinternationalen in Amsterdam kein Hehl. Es wird uns doch wohl gestattet sein, in Anbetracht dieser mannhaften Ermahnungen auf die zahlreichen persönlichen und politischen Widersprüche, in die sich die „Wiener“ dabei verstrickt haben, humoristisch hinzuweisen.

Museumsreise.

Von Alexander Seidel.

Wenn mich mein Weg durch die Königgräzer Straße führt, muß ich am Museum für Völkertunde meist ein paar Augenblicke verhalten. Ich habe dort einen Bekannten. Nicht einen, dem ich die Hand drücke, oder mit dem ich zusammen ausginge, nein, einen Bekannten, wie ihn vielleicht jeder hat, der täglich zu einer bestimmten Zeit die Glastische benutzt, einen, mit dem man sich innerlich ab und zu unterhält, ohne seinen Namen zu kennen. Mein Bekannter hat sein Besondere, ich kann ihn zu jeder Tag- und Nachtzeit sehen, er ist aus Stein, ein paar tausend Jahre alt und ist — König.

Er ist eine ägyptische Königsstatue, deren Steinlosch man durch die Fenster der Museumsportale thronen sieht. Wir ist dieser Völkertunde, der frei sichtbar mitten im Gewühl des modernen Großstadtlebens sitzt, dem Lebensstrom den Rücken zugekehrt, ein Symbol geworden, das Symbol des Königtums.

Aus uralten Zeiten ist es zu uns gekommen. Es regt in unsere Zeit hinein, fremd unserem Fühlen und Denken, verleiht zu einer kalten Form. Die Augen, abgewendet vom nordwärtsstrebenden Völkertunde, heften in unwirklichen erdenfernen Welten mit klopferhafter Stare. Es ist erfüllt von der feineren Schwere einer eigenen Wichtigkeit, ohne die Glaswände zu fühlen, die es von der Welt trennen, ohne tun zu werden, daß es außerhalb der Wünsche und Ziele modernen Strebens ein Dasein fristet, dem nur noch es selbst und die hündlein Interesse entgegenbringen, welche die Projekte seines Tisches begehren. Es hat seinen Platz in der Vorhalle des Museums, noch sichtbar von außen, und wird bald nur noch ein überlebtes Museumstück sein, das man wohl einst mit den gleichen Gefühlen betrachtet wie die eiserne Jungfrau und andere Föttergeräts, mit den Gefühlen eines gelinden Grauens und stiller Genugtuung, daß man über dies Vermächtnis einer barbarischen Zeit hinaus ist.

Sei geduldi, mein lieber Freund an der Königgräzer Straße, die künftige Zeit hast du einsam gefesselt, allmählich ordnet sich der Zug all dessen, was sich um den Bekannten deiner Würde gruppiert, um dir dort Gesellschaft zu leisten, wo es hingehört, im Museum —

Die Sonnenfinsternis vom 8. April. Die ringförmige Verfinsternung der Sonne, die sich in den Vormittagsstunden des Freitags ereignet, bildet eine der bemerkenswertesten Bedeckungen des Zentral-suropas anständig wird. Bei der Sonnenfinsternis am Freitag liegt die schmale Zone der Ringförmigkeit der Bedeckung weit außerhalb der Grenzen Mitteleuropas, und in Deutschland bekommen wir infolge dessen überhaupt nur eine partielle Verfinsternung zu sehen. Die Zone der ringförmigen Verfinsternung berührt Nordpolenland

Landtagsfraktion und Ausnahmegerichte.

Die am heutigen Mittag versammelte preußische Landtagsfraktion der Sozialdemokratie hat einen Antrag formuliert, der die Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 über Ausnahme-gerichte in folgenden Punkten sofort geändert wird:

1. Die Sondergerichte werden auf diejenigen Bezirke beschränkt, in denen der Ausnahmezustand auf Grund der Anreize verhängt war.

2. Jugendliche Personen werden ausschließlich vor den ordentlichen Gerichten abgeurteilt.

3. Durch beschleunigtes Ermittlungsverfahren müssen die leichteren Fälle ausgeschlossen, diese Angeklagten sofort aus der Haft entlassen und die Prozesse den ordentlichen Gerichten überwiehen werden.

4. Der Gegenstand der Anklage ist in allen Fällen vor der Hauptverhandlung den Angeklagten schriftlich so rechtzeitig mitzuteilen, daß er seine Verteidigung vorbereiten kann.

5. Für die Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung sind die Bestimmungen der Strafprozessordnung für Strafverfahren in vollem Umfange Anwendung.

Die letzten beiden Punkte richten sich hauptsächlich gegen den jetzigen Zustand, wonach die Anklage dem Angeklagten erst bei Beginn der Verhandlung mitgeteilt zu werden braucht und wonach ferner das Gericht den Umfang der Beweisaufnahme nach völlig freiem Ermessen bestimmt.

Der Schrei nach dem „Fachmann“.

Zum einhundertundneunundneunzigsten Male ist die „Deutsche Tageszeitung“ den hysterischen Schrei aus, daß bei der Regierungs-bildung in Preußen zum allerwenigsten das Landwirtschaftsministerium mit einem wirklich „landwirtschaftlichen Fachmann“ besetzt werden müsse. Das war im Mittwoch-Abendblatt. Im Morgenblatt des gleichen Tages holte das Krautunterochst seinen Bejern an einem Erlaß des Genossen Otto Braun über den Verkauf von billigem Brennholz aus den Staatsforsten vor, worin es fahre, wenn ein „Richt-Fachmann“ das Landwirtschaftsministerium leite. Wir können der „Deutschen Tageszeitung“ verraten, daß der fragliche Erlaß, an dem das agrarische Blatt so heftig Anstoß nimmt, von dem höchsten forstlichen Fachmann Preußens, dem Oberland-schneidmeister v. d. Busche herrührt und von diesem gezeichnet ist. Dieses eine Beispiel zeigt, wie ein — gelinde gesagt: Bauern-slang mit dem Ruf nach den „Fachministern“ in der deutsch-nationalen Presse getrieben wird!

Im übrigen kann man es diesen agrarischen Herrschaften wirklich niemals recht machen. Zuerst, als die Holzpreise zu schwinden haben emporkletterten, erhellten sie sich, daß der Forstfiskus diesen „Holzwucher“ mitmache. Und jetzt zernern sie ebenso lebhaft darüber, daß an Minderbemittelte das Brennholz zu einem Preise abgegeben werde, der weniger als die Hälfte des auf Kationen erzielten Preises beträgt, und daß dadurch der arme Forstfiskus geschädigt werde! Wie es mit der Volkstreundlichkeit dieser deutsch-nationalen „Volks“partei steht, das zeigt sich dabei auch auf eine erhebbende Weise!

Zerstörungswahninn.

Das Auswärtige Amt hat an die Interalliierte Militärkontroll-kommission folgende Note gerichtet: Die deutsche Regierung hat Kenntnis davon genommen, daß die Bolschewikerkonferenz ihren Vorschlag, die den ausgebildeten Bedarf übersteigenden Bestände an Geschützen und Heftfabrikaten für Heeresgerät bis zum Eintreten des Bedarfsalles im besetzten Gebiete lagern zu lassen, abgelehnt und auf der sofortigen Zerstörung dieser Vorräte besteht. Damit werden Werte von mehr als einer Milliarde Mark ohne willkürliche Notwendigkeit vernichtet; die deutsche Regierung wird genötigt, ihr Budget in den kommenden Jahren mit hohen Aufwendungen für den Bedarf der Wehrmacht zu belasten, die bei Annahme des Vorschlages erspart worden wären. Die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Anordnungen werden erteilt.

und das nordwestliche Norwegen; in Mitteleuropa ist demgemäß die teilweise Verfinsternung in den Gebieten am größten, die der Zentral-zone der Bedeckung am nächsten liegen, nämlich im nordwestlichen Deutschland. Je weiter man sich von dort entfernt, um so geringer wird die Bedeckung. In Nordwestdeutschland erreicht die Bedeckung der Sonne durch den Mond um 10 Uhr des Maximum, 84 Teile des Sonnendurchmessers. In Berlin werden etwa drei Viertel der Sonnenoberfläche, in Mitteldeutschland etwa 70 vom Hundert des Sonnendurchmessers bedeckt sein, während in Süddeutschland der Umfang der Verfinsternung etwa zwischen 60 und 68 Proz. schwankt. Der Beginn der Finsternis überhaupt ist um 7 Uhr 32 Minuten vormittags, Beginn der zentralen Finsternis um 9 Uhr 23 1/2 Minuten, Ende der zentralen Finsternis um 11 Uhr 6 Minuten nachmittags. Die Finsternis beginnt im Nordatlantik, ist in ganz Europa, Nordafrika und Nordasien sichtbar und erstreckt sich hier bis nach China hinein. Seit der „Kriegsfinsternis“ vom 21. August 1914 haben wir in Deutschland eine bedeutendere Bedeckung der Sonne nicht mehr zu Gesicht bekommen. Die partielle Sonnenfinsternis vom 28. Januar 1917, bei der etwa zwei Drittel der Sonne bedeckt waren, blieb infolge ungenügender Weiters fast völlig unbemerkt. Die letzte totale Sonnenfinsternis vom 17. April 1912, die in Deutschland beobachtet worden ist, wird noch allgemein in Erinnerung sein, da sie sich um die Mittagzeit und bei sehr günstiger Witterung ereignete, und da auch oberhalb der Totalitätszone der Umfang der Bedeckung sehr groß war, in Berlin z. B. 86 Proz. des Sonnendurchmessers. Bei der totalen Sonnenfinsternis vom 21. August 1914 waren in Berlin 84 Proz. der Sonne bedeckt; selbst eine partielle Bedeckung der Sonne in diesem Umfang wird die gegenwärtige Generation der Berliner nicht mehr erleben, da sie bis zum 11. August 1909 worden mußten, um eine teilweise Sonnenfinsternis mit einer Bedeckung von 88 Proz. zu sehen. Eine totale Sonnenfinsternis wird man in Berlin aber erst am 7. Oktober 2133 wieder zu sehen bekommen.

Die Arbeiter-Kunstausstellung in der Petersburger Straße 39 hat wieder eine neue Kollektion zusammengebracht, die Interesse verdient. Und zwar sind es weniger die Werke anerkannter Künstler — Käthe Kollwitz, Willibald Kraus und Kurt Kroner (Bildnisbüste von Lauer und Karl Liebknecht) —, die hier bemerkenswert erscheinen, als die Malereien, Zeichnungen und Skizzen einfacher Arbeiter, die keinen eigentlichen Kunstunterricht genossen haben und durch irgendein Erlebnis zum Schaffen angeregt wurden. Das bedeutet freilich nicht, daß sie durchweg Original-genies sind, die vollkommen frei und unbefangenen geschaffen. Unter den hier gezeigten Arbeiten findet sich ebenfalls unbewußt Nach-empfundenes, konventionelles Schönes und posterende Affektation wie in den Ausstellungen berühmter Künstler. Aber wir stoßen doch auf drei oder vier Persönlichkeiten, die aus dem Eigenen schöpfen und neue Selbstempfindungen bieten. Und diesen Gewinn sollte man nicht unterschätzen.

Da ist ein Metallarbeiter Zimnier, der in einfachsten Stimmungen sehr komplizierte Massenbewegungen verblüffend charakteristisch zu geben weiß. Ein anderer, Walter Lehmann,

Stimmungsumschwung in Mansfeld.

Ein Erfolg der kommunistischen Aktion.

Aus dem Mansfelder Bezirk wird uns geschrieben: Vor etwa 3 Wochen schrieb der kommunistische „Klassenkampf“: „Die Mansfelder Arbeiter sind erwacht, sie sind die Sturmtruppen der Kommunisten.“ Nun ist der Sturm vorüber. Allerdings ganz anders als sich ihm die ausführenden Kommandeure des Sowjet-Oberkommandos in Magdeburg geträumt haben. Hunderte von Arbeitern sind tot, in unzählige Familien ist zum Teil durrndes Elend getragen worden. Die Anführer aber sitzen sicher im Zustand. Sie, die sich nicht genug leisten in Behauptungen auf alle Arbeiterführer, sie, die jeden, der ihre Dynamik nicht mitmachen wollte, einen Arbeiter-verräter nannten, haben die irreführten Arbeiter schändlich verraten.

Die Mansfelder Bergarbeiter sind erwacht, aber auch anders als es sich die kommunistischen Racheherren Kapps dachten. Am Sonntag, den 3. April fand in Helbra eine von allen Mansfelder Berken stark besuchte Funktionärskonferenz statt. Hier, wie in einer Bergarbeiterversammlung wurde die folgende Entschloßung einstimmig ohne jeden Widerspruch angenommen:

Die am 3. April in Helbra tagende Bergarbeiter-Funktionärskonferenz verurteilt auf das schärfste die kommunistische Irreführung der Massen und spricht ihre tiefste Entrüstung aus über den verbrecherische Gesindel, das durch Rauben, Märdern, Wenden das größte Elend über die Arbeiterklasse gebracht hat. Sie weist ferner jede Gemeinschaft mit der kommunistischen Partei entschieden von sich, nachdem diese offen aufgefordert hat, die Funktionäre der SPD, USPD, und der Gewerkschaften erst totzuschlagen und somit in roher Weise den Klassen-haß gegen die eigenen Arbeitsgenossen gepredigt hat.

Sie erklärt ferner, in Zukunft nur den Anweisungen der freien Gewerkschaften und den Betriebsräten, die die Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes anerkennen, Folge zu leisten.

Dieser Erfolg ihrer Arbeit hoben sich die Kommunisten nicht erschöpft. Es ist nur schade, daß diese Entschloßung sozial Opfer erfordert hat.

Die Helden vom Leuna-Werk.

Halle, 7. April. (Tl.) Gestern fanden im Direktionsgebäude der Leuna-Werke Verhandlungen statt, an denen Oberpräsident Hörterling und die Führer der Säuberungsaktion, sowie Parlamentarier und Pressevertreter teilnahmen. Oberpräsident Hörterling stattete den Führern der Sicherheitstruppen nochmals seinen Dank für ihre erfolgreiche Arbeit ab. Der Direktor der Leuna-Werke gab sodann einen Überblick über die kommunistische Bewegung in den Werken, die schon in ihren Anfängen vom Januar dieses Jahres her datiert. Schon vor Ausbruch der Unruhen waren in den Leuna-Werken durch die Massenbewegungen der Arbeiter unheilvolle Zustände eingetreten. Während des Aufruhrs wurde den Werken von den plündernden Kommunisten viel mitgeschickt. Die Werke waren ein wahrer Zufluchtsort für Verbrecher geworden. Am Ostermontag wurde aus einem Geschloß fast eine Million Mark geraubt. Die Täter verschwanden mit ihrem Raub und überließen die Besatzung ihren Schicksal. Der Vortragende erklärte ausdrücklich, daß das Werk von allen Dingen geäubert werden soll, die nicht hinein gehören. Die immer noch im Werk untergebrachten Gefangenen werden in den nächsten Tagen abtransportiert, damit der Betrieb in vollem Umfang wieder aufgenommen werden kann. In den weiteren Verhandlungen wurden dann sowohl von Hörterling wie von den Parlamentarier und den Truppenführern die von kommunistischer Seite ausgestreuten Gerüchte widerlegt, daß die Gefangenen schlecht untergebracht und der brutalen Behandlung der Truppen ausgesetzt seien.

Kommunisten-Obstruktion in Hamburg.

Hamburg, 7. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der Hamburger Bürgerschaft fand gestern ein Antrag zur Verhandlung, die Immunität von vier kommunistischen Mitgliedern des Hauses aufzuheben, die in Verbor-

gewinnt aus den gespenstisch starren Silhouetten kahler Bäume und Fabrikschöte ganz eigenartige Stimmungswerte. Otto Schubert, von Berni Eißendreher, entwirft geschwollen und forsch sehr delikate Impressionen von Landschaften, Straßenschildern, Interieur-winkeln, ohne sich allerdings von angepöbeltem linker frei halten zu können. Kurt Neumann sagt in der kurzen Selbstcharakteristik, die jeder Aussteller seinen Arbeiten beigefügt hat, er habe die stärksten Eindrücke von Botticelli, Segantini, Dürer und Hofsein erfahren. Aber er versteht es, diese Eindrücke ganz selbständig zu verarbeiten. Seine aus farbigen Papierstücken, Zeitungsausschnitten, Briefmarken und wenigen Papierstücken komponierten Bilder zeigen zwar ein altempfindliches Streben nach Harmonie, aber durchaus original empfundene und in der instinktiven Sicherheit der Flächenbeherrschung und des rhythmischen Bildaufbaus die künstlerisch interessantesten Arbeiten der Ausstellung. Sie weisen auf den Weg, der mit der Zeit zu einem wirklich modernen und im besten Sinne nationalistischen Kunststil führen kann.

Die Arbeiter-Kunstausstellung ist wochentags von 1—10, Sonntags von 10—10 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Es wäre dringend zu wünschen, daß sie auch bei dem Publikum, für das sie in erster Linie bestimmt ist, bei den Berliner Arbeitern, ein etwas regeres Interesse fände.

Auch die Bedeutung der Kunstausstellung im Neuen Schöneberger Rathaus, die gestern eröffnet wurde, liegt weniger im Wert des Dargebotenen als auf anderem Gebiet, nämlich auf ausstellungspolitischen. Die Stadt Schöneberg hat den in ihrem Bezirk ansässigen Künstlern hier Gelegenheit gegeben, u. a. in der Ausstellung des Kunsthandels zu treten und Käufer zu werben. Die Künstler haben von der Gelegenheit reichlichen Gebrauch gemacht und eine Jury beordnete die notwendige Sichtung, so daß das, was übrig blieb, zum mindesten sehr adäquates Material ist. Es scheint, daß die Allerjüngsten sich ferngedenken haben. Die — sonst wir einmal — „reiferen“ Richtungen herrschen vor. Die Veranstaltung dient, wie gesagt, vornehmlich Verkaufszwecken, und diejenigen, die das Geld dazu abgeben, werden hier ihre Wahl treffen können, ohne daß sie Gefahr laufen, sich zu erwerben oder überzuleisten zu werden. Aber auch den nur „platonischen“ Besuchern bietet die Ausstellung vielfache Anregungen. Sie enthält nicht nur Gemälde, Graphiken und Plastik, sondern auch kunstgewerbliche Arbeiten, darunter sehr schöne Porzellan in echt japanischen Stil. — Der Eintrittspreis beträgt eine Mark.

Neues Volkstheater. Die Premiere von „Rote Bern“ findet nicht am Freitag, den 8. April, sondern erst am Sonnabend, den 16. April, statt. Am Sonnabend, den 9. April, wird an Stelle des „Verlies von Iphigene“ „Der Parasit“, am Sonntag „Jugendfreunde“ gegeben.

Deutsches Theater. Die Winterstüchle endet am 30. April. Die Sommerstüchle wird am 1. Mai mit „Leinwand“ (Edith Piaf) „Leinwand“ in fünf Akten nach Alexander Dumas, eröffnet. Die Winterstüchle endet am 30. April.

Neuer Probleme der Fabrikorganisation wird am 8. 12. und 15. April Prof. Dr. Schilling von der Technischen Hochschule Charlottenburg im Rahmen des Kurzes der Deutschen Hochschule für Politik „Wirtschaft und Technik“ vortragen.

regender Weise an der Anstiftung des Märzputsches in Hamburg beteiligt sind. Die sozialdemokratische Fraktion hatte sich angesichts der 30 Todesopfer, die das sozial angeleitete Verbrechen zur Folge hatte, entschlossen, ebenfalls für die Aufhebung der Immunität zu stimmen, damit die Hauptschuldigen nicht leer ausgehen, während die Opfer ihrer Heide vor dem Ausnahmegericht zu schweren Strafen verurteilt würden. Die kommunistische Fraktion benutzte die Gelegenheit, um eine Obstruktion schlimmster Sorte anzustellen, deren Zweck war, die Beschlußfassung unmöglich zu machen, um die Strafverfolgung noch hinauszuführen. Die Kommunistin Retty Gutmann hielt eine fast fünfstündige Rede, die wiederholt von lärmischen Tumulten der Kommunisten unterbrochen wurde. Auch die Tribünen wirkten lebhaft mit. Fast alle Mitglieder der SPD. erließen Ordnungsrufe, die Rednerin sowie mehrere ihrer Parteigenossen, darunter auch Wilhelm Herzog, deren zwei. Schließlich wurde der Antrag auf Aufhebung der Immunität unter mühsamen Schimpereien der Kommunisten und der Tribünen angenommen. Die Kommunisten stimmten darauf die Internationale an.

Rechtssprechung in Oberschlesien.

Der Verband der ober-schlesischen Presse hat an den Präsidenten der Interalliierten Regierungskommission, General Se Rond in Oppeln, nachfolgendes Protestschreiben gerichtet:

Am 3. April hat das Sondergericht der Interalliierten Kommission gegen 4 deutsche Redakteure ober-schlesischer Zeitungen ein Urteil gefällt, gegen das wir wegen seiner Schärfe Protest einlegen, um so mehr, als alle Verurteilten — wie auch der Gang der Verhandlungen ergab — bei der Veröffentlichung der Nachrichten über die Schließung der Warkauer Börse in gutem Glauben gehandelt hatten. Diese falsche Meldung hatte nach dem dauernden Fehlen der polnischen Valuta ohne Zweifel viel Wahrscheinlichkeit für sich. Indem wir gegen die Verurteilung unserer Kollegen Einspruch erheben, bitten wir Sie, Herr Präsident, das Interalliierte Sondergericht zur Ausnahme eines Revisionsverfahrens veranlassen zu wollen, um der Presse die ihr notwendige Freiheit zu gewährleisten. Wie gestatten uns, darauf hinzuweisen, daß die Interalliierte Kommission bisher lediglich deutsche Pressevertreter wegen einer falschen Meldung zur Rechenschaft gezogen und verurteilt hat, obwohl in der polnischen Presse durch zahlreiche Eigenmeldungen die deutsche Verrohung in dauernde Erregung versetzt worden ist. Beweise hierfür kann der Verband der Interalliierten Kommission in Menge überreichen.

Konferenz der Nachfolgestaaten.

Rom, 7. April. (W.B.) Die Konferenz der Nachfolgestaaten Oesterreich-Ungarns wurde gestern von Graf Sforza mit einer Begrüßungsrede eröffnet, in der er der Konferenz guten Erfolg für ihre Arbeiten wünschte und betonte, daß in der gegenwärtigen Gesellschaft ein wirtschaftliches Wohlergehen eines Volkes unentbehrlich sei ohne dasjenige seiner Nachbarn. Auf Vorschlag des rumänischen Gesandten in Rom wurde Marquis Imperiali zum Vorsitzenden gewählt, der die Wahl mit Dank annahm. Es wurden zwei Ausschüsse gebildet, von denen der eine sich mit Verwaltungs- und juristischen Fragen, der andere mit wirtschaftlichen und finanziellen Fragen beschäftigen wird.

Neuwahlen in Italien.

Rom, 7. April. (W.B.) Die „Tribuna“ veröffentlicht einen Erlaß, in dem die Auflösung der Kammer ausgesprochen und die Neuwahlen auf den 15. Mai festgesetzt werden. Der Zusammentritt des Senats und der neuen Kammer soll zum 8. Juni erfolgen.

Rom, 7. April. (Stefanl.) Einige radikale Elemente der Volkspartei haben die Gründung einer neuen christlichen Arbeiterpartei beschlossen.

Fasziisten-Terror.

Rom, 7. April. (W.B.) Der „Tempo“ meldet aus Triest, daß die Fasziisten das Dorf Sorate in Brand gesteckt haben. Vier weitere Dörfer wurden geplündert. Die Einwohner sind in die Berge geflüchtet. Bareschi und Cecegi sind dem Erdboden gleichgemacht. Das Lärpöbboat „Strocco“ hatte in Cornizza eine starke Abteilung Matrosen an Bord, die einen Zusammenstoß mit den Fasziisten hatten. Laut „Messaggero“ ist die Stadt Carbisio teilweise verwüstet worden.

Frankreichs Strafzoll.

Paris, 7. April. (W.B.) In einer Meldung des „Journal des Debats“ über die fünfzigprozentige Abgabe von eingeführten deutschen Waren heißt es: Die Abgabe soll sich auch erstrecken auf Rohprodukte, die in anderen Ländern verarbeitet worden sind, wenn die deutschen Bestandteile 50 Proz. vom Werte des Endproduktes darstellen. Man ist der Ansicht, daß der deutsche Exporteur bei Verschleisungen gegen die Bestimmungen ebenso wie der französische Importeur zur Verantwortung gezogen werden soll und gemeinsam mit diesem haften soll. Ausgeschlossen sind Durchgangswaren und alle Waren nach Abgabe des bis zum 3. März 1921 gezahlten Teilbetrages ihres Wertes. Die Ware soll unter Zollverschluss lagern, und zwar soll der volle Betrag der Abgabe entrichtet werden. Die Rückzahlung soll nach erfolgter Wiederausfuhr erfolgen. So will man verhindern, daß der französische Importeur Waren lagert unter Zollverschluss, um das Gesetz zu umgehen, im Falle es später wieder abgeschafft wird.

Briand stellt die Vertrauensfrage.

Paris, 7. April. (W.B.) Am Schluß der gestrigen Senats-Sitzung wurde beantragt, an einem Kredite für Spanien einen Kredit von 20 Millionen zu machen. Ministerpräsident Briand stellte die Vertrauensfrage und schließlich wurde nach längerer Debatte mit 197 gegen 9 Stimmen der Kredit bewilligt. Jedoch hatten sich 100 Senatoren der Ablehnung enthalten, die anscheinend der radikalen Partei angehören.

Stimmes demostriert. Wie W.B. meldete, sollen mehrere große Industriekonzerne, darunter der Siemenskonzern, sich bedeutende Wald- und andere Konzessionen in Ausland durch Ankauf gesichert haben. Dazu schreibt die „D.N.Z.“: Diese Meldung gehört in die Reihe jener solchen Nachrichten, die wir bereits mehrfach geteilt haben. Wie neuwiederkommen dieser Meldungen unwahr sind, ist auch die Meldung von Siemenskonzessionen in Ausland aus der Luft gegriffen.

Im Stabe der „Deutschen Zeitung“ ist abermals eine bemerkenswerte Veränderung eingetreten. Der bisherige Hauptredakteur der „Post“, Dr. Raempe, hat die Stellung eines stellvertretenden Hauptredakteurs an der Seite des Dr. Raurendroger übernommen.

Groß-Berlin

Im Laubland.

Auf dem ehemaligen großen Exerzierplatz im Berliner Westen rufen ein paar Äpfeln. Der Wind streicht über die sandige Ebene und verflüchtigt sich in den fahlen Äpfeln, die sich steif aus dem Graue des Bodens recken. Noch zeigt sich kein Grün, kein Blattwerk, nur die Weiden haben ihren feinen Spinnwebhauch angelegt. Rauh und öde liegt das weite Feld, die Kolonisten sind bei der Arbeit. Sie bestreuen die kleinen Häuschen aus, legen frische Schindeln auf die Dächer, stecken kräftige Weidenzweige in den sandigen Boden, um daraus neue Heckenanlagen zu ziehen; amerikanische Stachelbeersträucher wären schöner, aber sie sind teurer als die Weidenzweige, die man umsonst bekommt, und wer kann wissen, ob die Stadt den Vertrag erneuert? Die Kolonisten wollen nicht allzuviel Geld in den hungrigen Sandboden hineinstecken, sie fragen über den teuren Düng, sie erzählen, daß der Wind den teuren Samen mitnimmt und daß das Gießen so sehr beschwerlich ist. Aber trotzdem hat noch keiner der Laublandkolonisten sein Stückchen Land abgegeben.

Seit fünf Jahren ist der große Exerzierplatz dem Laubland erschlossen, ein weites, ödes Feld, baum- und strauchlos, uneben und ohne Wasser. Und dennoch stehen die Leute ihr Feld, ihre Lauben, ihre Beete, die mageren Weidenanpflanzungen und die knorrigen Äpfeln, und stolz zeigen sie ein paar Johannisbeersträucher und ihre Holunderbüsche, die in jedem Jahr höher und breiter werden und dem nützlichen Gemüse, den fröhlichen Blumen, den raren Kartoffeln den Weg versperren. Die Laublandleute arbeiten früh und spät, sie sehen nach dem Himmel, von dem sie Sonne oder Regen erwarten, ihre stahlmüden Augen leuchten auf, wenn sie von ihrem blassen Land, von ihrer Ziege, ihren Hühnern, ihren Kaninchen erzählen können. Wer sind diese Leute? Kleine Beamte, Handwerker, Arbeiter, Menschen, denen ihre Laube Glück, Erholung, vielleicht Lebensinhalt bedeutet, Menschen, die vom „Lande“ stammen und die hier zwischen den kleinen Ställen, zwischen Kartoffelfurche und Holunderbüschen die Heimat ihrer Jugend wiedererrichten lassen möchten. Die meisten dieser Leute sind Schlesier, Posener, man hört den slavischen Klang, die weichen Laute ihrer Sprache.

Es sind arbeitsfreudige, nüchterne Männer und Frauen, ihre Kinder wissen nichts von der alten Heimat ihrer Eltern, wenn aber die nützlichen Kraut- und Rübenarten gesät worden sind, wenn für die Kartoffeln, die Kürbisse und Gurken gesorgt ist, dann kommen die Blumen an die Reihe, und das ist das Wertwürdigste bei diesen Laublandleuten, wenn sie Blumen pflanzen, dann denken sie alle an ihre Jugend, an ihre Heimat; als ob diese Bauernblumen aus schlesischen Vorgärten wurzeln im sandigen märkischen Boden, und ein steinerner Mann aus dem Posener Land mit einem typischen polnischen Namen für Jahr für Jahr weißen und roten Mohr, wie er im ärmlichen Ansthaus an der Warthe gelübt hatte, in der alten Heimat, und seine Nachbarn aus Schlesien und Ostpreußen freuen sich daran, und in jedem Jahr tauschen sie Stecklinge und Samen, und so tauschen sie morlos ihre Erinnerungen an die Kindheit, an Jugend und Heimat.

Der Direktor der R.V.G. verhaftet.

Unter Verdacht umfangreicher Unterschlagungen.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ist der Direktor der R.V.G. (Reichs-Verwertungsgesellschaft) Nowarra verhaftet worden. Er soll diese Gesellschaft durch Privatgeschäfte erheblich geschädigt haben. Die Anzeige, die zu seiner Verhaftung führte, ist durch eine bekannte Berliner Firma erstattet worden.

Es wird Nowarra unter anderem vorgeworfen, daß er sich durch seine Stellung besondere persönliche Vorteile verschafft haben soll. Die Staatsanwaltschaft ließ seine Wohnung in der Bernburger Straße durchsuchen und entdeckte angeblich 1 Million Mark in barer Geld, die sofort beschlagnahmt wurde. Ferner wurden heute vormittag die Geschäftsräume der R.V.G. in der Kommandantenstr. 80 einer Revision unterzogen, deren Ergebnis bis zum Schluß des Monats noch nicht feststeht. Nowarra, der 55 Jahre alt ist, übernahm die Geschäfte der Gesellschaft bereits während des Krieges. Die Gesellschaft wurde damals zur Sammlung und Instandsetzung getragener Kleidungsstücke für Winterbewohner gegründet. Auch jetzt noch wurden für ihren gemeinnützigen Zweck von der Stadt größere Kapazitäten zur Verfügung gestellt.

Das Nachrichtenamt

des Berliner Magistrats teilt dazu mit: „Der Geschäftsführer Nowarra der R.V.G. ist in Untersuchungshaft genommen worden, weil sich herausgestellt hat, daß er Geschäfte für sich getätigt hat, die er für die R.V.G. hätte abschließen müssen. Er hat sich Waren, die ihm von anderen Stellen für die R.V.G. angeboten waren, selbst gekauft und hierbei verdient. Kassenbestand und Lager der R.V.G. sind in keiner Weise geschädigt. Die Verhaftung erfolgte im Einverständnis mit der städtischen Behörde, die bereits mehrere Tage mit der Sache befaßt war und nach am gestrigen Tage ihre Rechnungsprüfung zur R.V.G. entbande. Der Ausschussrat der R.V.G. tritt heute nachmittag zu einer Besprechung zusammen.“

Die Neuordnung im Fernsprechwesen.

Eine Denkschrift über den Ausbau des Fernsprechwesens und die neue Fernspreckgebührenvorlage dürften demnächst seitens des Reichspostministeriums dem Reichstage vorgelegt werden. Beide Vorlagen verfolgen den Zweck, als Missstände und Unzulänglichkeiten des Fernsprechwesens zu beseitigen.

Nicht nur die Linien, auch die Zentner sollen modern ausgebaut werden. Der neue Fernsprecktarif soll den sozialen und wirtschaftlichen Forderungen des Publikums Rechnung tragen. In Aussicht genommen ist die Erhebung einer Anschlaggebühren, die nach der Größe der einzelnen Rede entsprechend den Selbstkosten der Verwaltung bemessen ist und einer Gesprächsgebühr, die in mehreren Stufen nach der Zahl der vermittelten Gespräche gestaffelt ist. Die Gesamtgebühr wird also durch den Grad der Benutzungsintensität und der tatsächlichen Benutzung des Fernsprechers bestimmt. Vielspracher zahlen also mehr, als Wenigspracher. Für große Gesprächsgebühren wird ein Nachlaß gewährt. Eine Verbilligung an sich tritt nicht ein, denn die Kosten der Verwaltung lassen dies nicht zu; nur kaufmännische Grundzüge werden den Tarif bestimmen, indem eine Kostenverteilung innerhalb der Teilnehmerkreise eintritt und die von der Verwaltung geleistete Arbeit reell bezahlt wird. Die Zentner sollen mit Gesprächsgebühren ausgestattet werden. Die Postverwaltung hofft durch den neuen Tarif Mehreinnahmen von 800 Millionen Mark buchen zu können.

Die Frauen zur politischen Lage.

Vor einer stark besuchten Funktionärinnen-Versammlung in der Schulstraße behandelte in 14stündiger eindrucksvoller Rede gestern abend die Genossin Buchacz die politische Lage. Die Ereignisse von Spa, Paris, London und endlich die der letzten Tage im Innern Deutschlands zogen an den geistigen Augen der gespannt lauschenden Versammlung in ihren vielfachen Wechselbeziehungen vorüber und lösten eine sehr lebhaft Diskussion aus. Besonders eingehend erörtert wurde in der Aussprache die Frage des diplomatischen Verkehrs im Zusammenhang mit den Vorschlägen Deutsch-

lands zur Londoner Konferenz. Genossin Buchacz vertrat den Standpunkt, daß es nicht angängig sei, auch heute noch das Volk in außenpolitischen Dingen ungenügend zu orientieren über die Schritte, die die Regierung zu tun beabsichtigt, wie das bezüglich der Vorschläge für die Londoner Konferenz der Fall gewesen sei. Das deutsche Volk habe über den Inhalt dieser lebenswichtigen Vorschläge erst nach ihrer Liebergabe an die Konferenz Kenntnis erhalten und sei so nicht in der Lage gewesen, die Vorschläge noch in dem einen oder anderen Sinne zu beeinflussen. Bei der Erörterung der innenpolitischen Lage spielte die Frage der Regierungsbildung eine besondere Rolle. Es verläßt die Einmütigkeit darüber, daß unsere Partei mit der Deutschen Volkspartei in einer Regierung nicht zusammenarbeiten könne. Aus den Ereignissen der letzten Tage gehen besonders Sondersondergerichtigkeit und Sicherheit zu eingehenden Erwägungen.

In ihrem Schlußwort wog Genossin Buchacz das in einzelnen Punkten sich ergebende Für und Wider in der Außenpolitik, besonders in so wichtigen Fragen wie die Erörterung unserer Vorschläge für London, gegeneinander ab. Auf die Ereignisse der letzten Tage eingehend, betonte sie, daß es das besondere moralische Recht unserer Partei sei, gegen unbesonnenen Gebrauch der Schutzgewalt durch Ueberwachungsbeamte gegenüber Gefangenen ihre Stimme zu erheben, da unser Kampf Gewalt niemals als Angriffsmittel benutzt habe.

Das zweite Referat der Genossin Buchacz über den sozialdemokratischen Kulturtag in Dresden mußte wegen der vorgerückten Zeit abgelehnt werden. Unter Verschiedenem wurde die nachstehende von Genossin Buchacz eingetragene und begründete Resolution einstimmig angenommen: Die am 6. April tagende Funktionärinnen-Versammlung der SPD. Groß-Berlin, die überwiegend von Hausfrauen besucht ist, fordert, daß die Reichsregierung umgehend einen Gesetzentwurf zur Zulassung der Frauen als Schöffen und Geschworene dem Reichstag vorlegt. Sie verwirft jede Einschränkung dieses in der Reichsverfassung festgesetzten Rechtes der Frau ebenso wie jedes bedingte Ablehnungsrecht. Sie steht in der Ausbildung des Schöffen- und Geschworenentamtes nicht nur ein Recht, sondern auch eine staatsbürgerliche Pflicht der Frau, die zu erfüllen die hinter der Sozialdemokratischen Partei stehenden Frauen im Interesse der deutschen Rechtspflege Willens sind.

Strafbare Wanzenbekämpfung.

Ein in der Gemeinde Rowawes tätiger Kammerjäger Eberhard Engelmann wurde zur Bekämpfung der Wanzenplage stark in Anspruch genommen. Engelmann, der längere Zeit als Kammerjäger und Truppführer bei der Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung gebildet hatte, wußte genau, daß man Wanzen nur durch Vergiftung mittels Blausäure vertilgen könne. Alles Schmierer, Auswüchser und Verleumdung dient letzten Endes nur dazu, die Wanzen einzunisten. Als der Kammerjäger eines Tages zu zwei Familien gerufen wurde, die von den Wanzen beinahe aufgefressen wurden, machte er sich klar, daß dort nur radikal gearbeitet werden konnte. Engelmann erbat sich vom Gemeinde- und Polizeiamt einen Erlaubnisbescheid zum Verkauf von Cyanatrum. Mit dem erhielt der Kammerjäger aus der Apotheke das Ermöglichte und stellte daraus das Blausäuregemisch her, das er zur Vergiftung der beiden Wohnungen benutzte. Bei Prüfung der Apothekenbücher fiel der große Bedarf von Cyanatrum durch Engelmann auf und man erfuhr so von der radikalen Wanzenvertilgung, die zwar erfolgreich aber zugleich strafbar, strafbar deshalb, weil ein derartiges Zubereiten der Wanzen nur den Mitgliedern der Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung vorbehalten ist. Dementsprechend erhielt der Kammerjäger wegen Vergehens gegen die Verordnung über die Verwendung hochgiftiger Stoffe einen amtstrafrechtlichen Strafbescheid in Höhe von 200 Mark. Auf seinen Einspruch beim Potsdamer Schöffengericht wurde die Strafe auf 50 Mark ermäßigt.

Bezirksamtseinführung und Neuwahlen.

Am Mittwoch fand die Einführung der Mitglieder des 15. Bezirksamtes (Trepow), somit sie bestätigt sind, durch Oberbürgermeister Bach im Sitzungssaal des Trepower Rathauses statt. Der Oberbürgermeister betonte in seiner Ansprache besonders, daß über den Interessen der Parteien die Arbeit für das Wohl der Gesamtheit stehen müsse, und daß neben der Förderung der besonderen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht die Förderung von Industrie und Handel vergessen werden dürfe, mit denen das Geschick der gesamten arbeitenden Bevölkerung untrennbar verknüpft sei. Der neue Bürgermeister des 15. Bezirks, Brunow (USP), erwiderte in längerer Rede und begründete dann seinerseits den freudig begrüßten Bürgermeister, unseren Genossen Rott Wermuth, und die bestätigten und unbescholtenen Stadträte und führte sie in ihr Amt ein. — Im Anschluß an die Feierlichkeit trat die Bezirksversammlung zur Wahl der fünf nicht bestätigten Stadträte zusammen. Die Bürgerlichen beantragten Vertagung der Wahl, um „tüchtige Fachleute“ durch Ausschreibung der Stellen ausfindig machen zu können. Als diesem Antrag nicht stattgegeben wurde, verteilten sie, mit Ausnahme der Demokraten, den Saal. Die Mehrheit der Versammlung trug dem Wunsch des Oberpräsidenten nach Hinzunahme eines juristisch vorgebildeten Verwaltungsbeamten Rechnung durch die Wahl des bisherigen Bürgermeisters von Niederschlag, Dr. Sportleder. Unter ihm wurden die folgenden politischen Stadträte wiedergewählt: Kühner-Trepow (SPD), Peters-Müdenlohe (USP), Steuer-Johannishof (SPD), Bengisch-Oberhörsenweide (USP). Der Schluß der Sitzung war durch die Beratung einer Interpellation über die Verteuerung der Milkpreise ausgefüllt.

Die Bezirksverordnetenversammlung des 3. Verwaltungsbezirktes Wedding trat gestern zusammen, um zum zweiten Male die Wahl der besetzten Stadträte zum Bezirksamt vorzunehmen. Namens des Kandidatenkomitees berichtete Genosse Patisloch und empfahl Wiederwahl der vom Oberpräsidenten nicht bestätigten Kandidaten, mit einer einzigen Ausnahme, an dessen Stelle als Fachmann Dr. Rief den Bezirksverordneten empfohlen wird. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft vertrat durch den Mund ihres Sprechers Schallbach, daß an der heutigen Wahl nicht zu beteiligen, da das Bezirksamt rein politisch ausgerichtet ist. Die Bürgerlichen verteilten den Saal. Die Kommunisten schloßen als Fachmann ihr Mitglied Dr. Herzfeld vor. Gewählt werden dann Dr. Rief mit 33 sozialistischen Stimmen; von den Unabhängigen, mit Ausnahme des schon amtierenden Bürgermeisters Weid: Werkzeigmacher Bischoff, Ingenieur Boe, Lehrer Kulisch. Von unserer Fraktion der Genosse Otto Frank und von der SPD. der Sekretär der Zentrale Münzstraße Schmidt.

Die Ortsbeiräte im Bezirksamt 17. Das Bezirksamt 17 übernimmt mit dem 8. d. M. die Geschäfte der Gemeinden und Ortsbeiräte des Verwaltungsbezirktes 17. Die Geschäfte der früheren Ortsbeiräte Biesdorf und Buhlgarten gehen mit diesem Tage auf die ehemalige Gemeinde Biesdorf über. Der Ortsbeiräte von Hellersdorf wird auch weiterhin im Auftrag des Bezirksamtes tätig sein. In örtlichen Dezernaten sind Herr Bürgermeister John für Biesdorf, Stadtrat Weig für Friedrichsdorf, Stadtrat Wöhe für Biesdorf, Stadtrat Fischer für Kaulsdorf und Stadtrat Dr. Siegel für Worzahn und Hellersdorf.

Gegen die Ausnahmeverfahren wandte sich eine auf beiführender Generalsammlung der Abt. 88 vorkommende in voller Einmütigkeit und Beschluß folgende Resolution: Wir erlauben den Vorstand des Soz. Bezirksverbandes Groß-Berlin, alle Bestrebungen gegen die Ausnahmeverfahren tätig zu unterstützen.

Reinholdsdorf-Off. Durch den Tod des Genossen Otto Reischow, der nach langem, schwerem Krankheitslager verstorben ist, verliert die Abteilung einen sehr tüchtigen Parteigenossen, der in jeder Weise in seinem Wirkungskreis für die Partei gearbeitet hat. Die Genossen werden gebeten, sich an dem Freitag, den 8. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße stattfindenden Beerdigung recht zahlreich zu beteiligen.

Gewerkschaftsbewegung

Der 6-Uhr-Ladenschluß.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer letzten Sitzung einen Antrag angenommen, der den Magistrat ersucht, die einleitenden Schritte zur Herbeiführung des 6-Uhr-Ladenschlusses zu tun. Mit dieser Stellungnahme hat die Stadtverordnetenversammlung ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Forderung der Angestellten des Einzelhandels erklärt. Der 6-Uhr-Ladenschluß war bereits vor 2 Jahren in Wirklichkeit, und zwar auf Grund der Notwendigkeit, Kohlen zu ersparen. Unter dem Zwange der damaligen Verhältnisse haben sich die Unternehmer des Einzelhandels mit dem 6-Uhr-Ladenschluß abgefunden. Nachdem die Notwendigkeit in Rücksicht auf unsere Kohlenversorgung, Ersparnisse herbeizuführen, fortgefallen ist, sperren sich die Unternehmer gegen die vom sozialpolitischen Standpunkt aus notwendige Forderung des 6-Uhr-Ladenschlusses. Sie motivieren ihren Standpunkt damit, daß namentlich die Arbeiterbevölkerung bei Einführung des 6-Uhr-Ladenschlusses nicht die Möglichkeit zur Beforgung ihrer Einkäufe hätte. Nun ist es immer verdächtig, wenn Unternehmergruppen so außerordentlich um das Wohl der Arbeiter besorgt sind. In diesem Falle hat die Arbeiterschaft mit aller wünschenswerten Deutlichkeit wiederholt durch entsprechende Beschlüsse ihrer Vertretungskörperschaften zum Ausdruck gebracht, daß sie mit der Forderung der Arbeiter und Angestellten des Einzelhandels nach Einführung des 6-Uhr-Ladenschlusses durchaus konform geht. Eine Minderung der täglichen Arbeitszeit hat die Einführung des 6-Uhr-Ladenschlusses nicht zur Folge. Die Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit haben außerdem bewiesen, daß das Publikum auch während der Wirksamkeit des 6-Uhr-Ladenschlusses genügend Zeit zur Beforgung der Einkäufe hatte. Es ist also lediglich mangelndes Verständnis auf Seiten der Unternehmer, wenn sie sich gegen die Einführung des 6-Uhr-Ladenschlusses sperren.

Die Lohnbewegung der Holzarbeiter.

Eine Versammlung sämtlicher Vertrauensmänner und Betriebsräte des Deutschen Holzarbeiterverbandes (Verwaltung Berlin) tagte am Mittwoch in Altmünde Festfalen, um zu der schwebenden Lohnfrage Stellung zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine Entschließung angenommen, welche die Erziehung Sülts auf schärfte verurteilt und den Willen ausdrückt, jeden Angriff der neuerstarkten Reaktion abzuschlagen. Böse schilderte in sehr ausführlicher Weise alle Verhandlungen mit den Arbeitgebern und vor den angerufenen Schlichtungsinstanzen, die sämtlich erfolglos verlaufen sind. Die ablehnende Haltung der Arbeitgeber hat zu verschiedenen Teilstreitigkeiten in einzelnen Branchen geführt und in einigen Fällen ist auch ein Erfolg erreicht worden. Mehrere

Streiks sind noch nicht beendet. Am 15. Februar ist der Reichstaxi für Berlin abgelaufen, seit dieser Zeit sind wir ohne Taxi. Inzwischen haben wir nochmals den Versuch gemacht, mit den Arbeitgebern in Verbindung zu treten und man hat uns eine 5prozentige Lohnerhöhung in Aussicht gestellt, jedoch nicht nach dem bestehenden Tarif zu dem Stundenlohn von 8 M. eine Zulage von 80 Pf. erhalten würden. Die Verwaltung unserer Organisation glaubt aber, den Kollegen die Ablehnung angelehnt des so winzigen Betrages empfehlen zu müssen. Nach kurzer Diskussion wurde in diesem Sinne fast einstimmig beschlossen.

Hierauf berichtete Müller über den Verlauf der Städtekonferenz und die zentrale Tarifbewegung. Seine Ausführungen wurden von Freygang und Böse ergänzt.

Die Firma Wertheim auf dem Kriegspfade.

Die Firma A. Wertheim hat im Februar eine Angestellte zum 31. März gekündigt und in der Folgezeit zur Disposition gestellt. Diese Tatsache gab dem Zentralverband der Angestellten die Veranlassung, sich mit der Angelegenheit in einer Betriebsversammlung der Angestellten des Hauses Wertheim zu beschäftigen. Auf Grund dieser Versammlung und eines Einladungszettels hat die Firma A. Wertheim gegen den Zentralverband der Angestellten sowie seine Beamten Dubsch, Licht und Wille eine einstweilige Verfügung erwirkt, nach der den Beamten sowie dem Verbands unterstellt wird, zu behaupten, daß die Angestellte wegen ihrer Betätigung für die Organisation entlassen worden sei. Inzwischen ist dem Zentralverband der Angestellten und den genannten Beamten eine Klage der Firma Wertheim zugestellt worden wegen Unterlassung und Zahlung eines Schadenersatzes in Höhe von 50 000 M. Auf die Einzelheiten dieser Klage werden wir vielleicht später noch näher eingehen. Wir möchten allerdings schon heute zum Ausdruck bringen, daß nach unserer Auffassung der Schritt, den die Firma hier gegen die Interessensvertretung der Angestellten unternommen hat, uns nicht gerade geeignet erscheint, die Beziehungen zwischen den Angestellten der Firma Wertheim und der Geschäftsleitung zu bessern. Der Erfolg dieser Maßnahme der Firma Wertheim wird lediglich der sein, daß sich die Angestellten nunmehr um so entschiedener hinter die Organisation stellen und damit alle Angriffe auf das Koalitionsrecht abschlagen werden.

Lohnbewegung in der Rheinschifffahrt.

Das Schiffsfahrtspersonal auf dem Rhein und auf den westlichen Kanälen hat durch seine Organisation die bestehenden Tarife kündigen lassen und neue Lohnforderungen eingereicht. Die gekündigten Tarife sind bereits am 31. März abgelaufen, so daß augenblicklich eine tariflose Zeit besteht. Die geforderten Lohnerhöhungen bewegen sich zwischen 20 und 25 Prozent. Neben der Lohnfrage sollen noch die Fragen der Arbeitszeit, Nacht- und Sonntags-Lohnzeit-

arbeit, Arbeiten beim Laden und Bösen, Bemannungsfrage, und die Anwendung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches geregelt werden. Mit dem Arbeitgeberverband der Rheinschifffahrt haben Verhandlungen bis heute überhaupt nicht stattgefunden. Die Arbeitgeber auf den Kanälen hatten zunächst Verschlechterungen angeboten. Nachdem Ende März an zwei Tagen Verhandlungen stattgefunden haben, ist jedoch auch in der Kanalschifffahrt eine Einigung nicht erzielt worden. Die Unternehmer scheinen es darauf abgesehen, die Arbeiterschaft in einen unbefonnenen Streik hineinzuführen, da zurzeit durch den vorherrschenden niedrigen Wasserstand ein Streik dem Unternehmerium sehr gelegen käme. Dadurch wäre es ihnen möglich, einen Teil der Schiffsmannschaft zu entlassen und ihre Fahrzeuge vollständig stillzulegen. Doch wird die straff organisierte Schiffsmannschaft diesem inneren Wunsche der Arbeitgeberorganisation nicht nachkommen und den Zeitpunkt abwarten, der geeignet erscheint.

Der Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellten

hat trotz aller Ungunst der Verhältnisse bereits beachtenswerte Fortschritte zu verzeichnen. Ungeachtet aller Bestrebungen der Arbeitgeberkreise und der oberen Beamtenkreise wächst die Erkenntnis immer mehr, daß im Frühjahr der gelben Organisationen sich die notwendige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht durchführen läßt. Heberall dort wo es möglich war, die nötige Ausführung zu geben, mehrten sich die Anhänger der freigeberischen Richtung von Tag zu Tag. Um nun auch die noch fernstehenden Kreise mit Agitationsmaterial versehen zu können, bittet der Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellter, Berlin S.W. 48, Endeplatz 6, alle Parte- und Gewerkschaftsfunktionäre ihn bei der Sammlung von einschlägigem Adressenmaterial zu unterstützen und dieses an die vorher benannte Adresse einzuliefern. Es kommen dafür vornehmlich in Frage die Adressen von Direktoren, Administratoren, Inspektoren, Rechnungsführern, Elben, Rentmeistern, Verwaltern, Geschäftsleitern, Statthaltern, Forst-, Brennerei-, Trodnerei-, Meiereibeamten und Angestellten.

Anmerkungen. Alle Kollegen, die noch nicht in Arbeit stehen, müssen sich Freitag vormittags in der Zeit von 8-12 Uhr bei Blum, Borchgrevink, Ecke Neue Bahnhofsstraße, einfinden. Penning.

Aus aller Welt.

Der „Scherz eines holländischen Druckfehlerzeigers“. Unter der Ueberschrift „Fsu!“ gloriert das Amsterdamer „Algemeen Handelsblad“ einen ihm selbst in seiner Sportrubrik widerfahrenen Druckfehler, indem eine Meldung folgendermaßen lautet: „Ajag (Amsterdam) empfängt am Sonntag, 27. März, den Verein für Liebesabungen, Altona 1898, aus Altona.“

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wöckel, Berlin. Verlag: Siedler-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Siedler-Verlag, Berlin. Verlagskontrollamt: Siedler-Verlag, Berlin.

Herren-
Anzug, Paletot, Hfler-Stoffe,
engl. „Domespun“, eleg. „Reubetten“
Wtr. 80,-, 100,-, 150,-, 200 M.
Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten
Fabrikanten bürgen für preiswerte gute Qualitäten.
Gegr. 1893. **Tuch-Lager** Gegr. 1893.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21.

Kaffee-Rösterei
A. Wiatrak Nachfolger
Hugo Baumgärtner
Berlin S.O. 16, Kopenicker Str. 75a, Badbrückenstr.
Reich frisch gebrannte
Bohnenkaffees
Spezialität
Guatemal.-Mischungen
Ind. Chin. Tee-Mischungen
Ia Kaffee-Ersatz-Mischungen

Wägediebstahl
angekündigt, wenn Wägediebstahl
Trotz der Wägediebstahl-Verordnung
Hilfs- und Schutzmaßnahmen
Tamen, werden als Veräußerung gel.

Behrlich Schulz:
Sozialdemokratie und Schule
Mk. 3,50

Dr. Otto Baumert:
Der Volkslehrer im Volksstaat
Mk. 1,20

Dr. Richard Lohmann:
Die Arbeit im Elternbeirat
Mk. 1,50

Behrlich Schulz:
Die weltliche Schule
Mk. 1,50

Dr. Max Spet:
Die Volksschule als Einheitschule
Mk. 1,25

30% Anschlag
Buch. Vorwärts
Lindenstr. 2

Vor Toresschluß
ehe die geplante 80% Zollerhöhung eintritt, nutzen Sie folgendes
unvergleichlich preiswertes Angebot aus! Von unserem Riesnlager
meterweis zu Engrospreisen:

Hemdentuch 7 ⁷⁵ 9 ⁷⁵	Damenstrümpfe m. Klein. 5 ⁵⁰
Sportflanell 8 ⁵⁰ 9 ⁵⁰ 13 ⁵⁰	Gestickte Batistkragen 4 ⁷⁵
Bettbezug 13 ⁷⁵ 16 ⁵⁰	Handtücher 5 ⁵⁰ 8 ²⁵ 10 ⁵⁰
Inlett 18 ⁵⁰ 22 ⁵⁰ 29 ⁵⁰	Blau Cheviot 130 cm breit 45 ⁵⁰
Zephyr 12 ⁵⁰ 15 ⁷⁵	Kleider-Samt 48 ⁵⁰
Perkal 10 ⁵⁰ 16 ⁵⁰	Kleider-Schotten 12 ⁵⁰ 16 ⁵⁰
Schürzenstoff 12 ⁵⁰ 15 ⁷⁵	Kleiderstoffe 20 ⁵⁰ 26 ⁵⁰
Unterrockbarchent 9 ⁵⁰ 12 ⁵⁰	Popeline 48 ⁵⁰
Voile, Mull 7 ⁵⁰ 12 ⁰⁰ 20 ⁵⁰	Kostümstoffe 38 ⁵⁰ 58 ⁵⁰ 72 ⁵⁰
Musselin 10 ⁵⁰ 11 ⁷⁵ 12 ⁵⁰	Anzugstoffe 46 ⁰⁰ 68 ⁰⁰ 85 ⁰⁰

Engros haus für Tuche und Manufaktur
W. Hampel Königstraße 62^b
Ecke Heiligegeiststr. 148^b

Wollen Sie Ihren Bedarf an Schuhen und Stiefeln
in feinsten Verarbeitung, zu billigsten Preisen decken, dann kommen Sie sofort nach dem
Schuhengros-Lager Kaatz
Kein Laden! Münzstraße 10, I. Etage Kein Laden!
Wir offerieren:

Damenhochschaffstiefel Chevreau oder Boxcalf 89⁵⁰
mit oder ohne Lackkappen von M.

Damen-Schnür- oder Spangenschuhe 88.-
echt Chevreau, alles Leder, mit oder ohne Lackkappen nur M.

Damen-Schnür- oder Spangenschuhe 95.-
braun, gute Ausführung, alles Leder von M.

Damenhochschaffstiefel 235.-
braun, echt Chevreau oder Boxcalf, feinste Ausführung M.

Herren-Arbeitsstiefel, erstklassig verarbeitet 88.-
alles Leder, Naturfarbe, schwarz oder braun nur M.

Herrenstiefel, Rindbox oder Chevreau, mit und ohne 118.-
Lackkappe, durchgenäht oder Rahmenarbeit, gute Verarbeitung von M.

Herrenstiefel, braun Boxcalf oder Chevreau 185.-
helle oder dunkle Farben, schike Formen von M.

Achtung, Kinderstiefel, Rindbox 68.-
kräftige Ledersohlen, Lederkappen, Nr. 27 bis Nr. 35 nur M.

Turnschuhe mit guter Chromledersohle
von Nr. 27 bis Nr. 35 M. 18.50 von Nr. 36 bis Nr. 40 M. 22.50

Weiße oder Lackschuhe und alle anderen **Bedarfs-Schuhwaren** stets gut und billig.

Bettmatten!
Befreiung sofort!
Alter u. Geschlecht an-
geben. Ausk. umsonst.
Vers. San. Art. Gg. Englbrecht,
München B. 68, Kapuzinerstr. 9

Kapitän-Kautabak
wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen
G. Röder, Berlin, Cichorienberg Str. 22. Ähnlich 8901

Der Weg zum Erfolg
Ist leicht zu finden, wenn man ohne
Störungen arbeiten kann und nicht
an Kopfschmerzen oder Drücken
über den Augen, Nervosität oder
deshalb scheue niemand, der an diesen Erscheinungen leidet, die kleine Mühe, die Augen untersuchen zu lassen bei
Optikermeister Max Trusch, städtisch geprüft, Berlin SO, Dresdener Straße 131 (Kottbusser Tor).
Ihre Sehkraft wird gewissenhaft und vollständig kostenlos geprüft, Garantie für gut passende Augengläser. Fläche
Gläser M. 8.- pro Paar, stark gewölbte (Menicken-)Gläser M. 18.- pro Paar, Double-Kneifer M. 10.-, 13.50, 18.50,
Nickel-Kneifer M. 6.-, 8.-.

Heute beginnt der große
Massen-Verkauf
in

Herrenstiefel, Goodyear Welt Mk. 135.-
Herren-Strapazierstiefel, Mastbox Mk. 95.-
Burschenstiefel Mk. 85.-
Damen-Hochschaff, Goodyear Welt Mk. 108.-
Damen-Halbschuh, Rahmenarbeit, Gr. 38, 39 u. 40 Mk. 95.-
Mädchenstiefel, sehr dauerhaft, Gr. 27/35 Mk. 55.-

Schuhhaus Lewkowitz
nur 131 Große Frankfurter Str. 131 neben Rose-Theater